

No-First-Use als Chance zu weiterer nuklearer Abrüstung

Das Jahr 2021 hat einige erfreuliche Tatsachen gebracht:

In Amerika wurde Joe Biden neuer Präsident. Er hat den New Start-Vertrag mit Russland um fünf Jahre verlängert.

Die Gespräche mit Iran zum Erhalt des Nukleardeals wurden in Wien wiederaufgenommen und sehen bisher vielversprechend aus.

Der UNO Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons TPNW) trat im Februar in Kraft, nachdem mehr als 50 Staaten ihn ratifiziert haben.

Die Demokraten im Kongress brachten eine Gesetzgebung ein, die bestimmt, dass die USA ihre Nuklearwaffen nicht als erste einsetzen werden. Dieser No-First-Use Act stimmt hoffnungsfroh.

Diese Politik sollte von uns unterstützt werden.

Die wachsende Gefahr eines Nuklearkrieges – beabsichtigt oder unbeabsichtigt durch Fehleinschätzung oder Versehen – muss dringend diskutiert werden.

Zur Zeit überarbeiten die USA ihre Nuklearstrategie. Die Bedeutung und die Rolle von Nuklearwaffen in der Verteidigungsstrategie soll minimiert werden. Die Administration will das Problem der existenziellen Gefahr durch Nuklearwaffen angehen, teure Rüstungswettläufe beenden und zur Rüstungskontrolle zurückkehren. New Start ist verlängert und neue Rüstungskontrollgespräche angekündigt.

Anfang Juni hat Präsident Biden seinen Budgetentwurf für den Verteidigungshaushalt veröffentlicht. Dieser Entwurf enttäuscht alle, die auf die Umsetzung seiner Wahlkampfaussagen gehofft haben. Das Modernisierungsprogramm für die ganze Breite der nuklearen Triade (Heer – Marine – Luftwaffe) ist enthalten und moderne Waffendesigns vorgesehen. Demokratische Senatoren protestieren heftig. Wie am Ende das Verteidigungsbudget aussehen wird, ist abzuwarten.

Hier könnte Deutschland eine Rolle spielen, wenn es die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle und Abrüstung auf allen diplomatischen Kanälen unterstreicht. Auch können die Gespräche zwischen Washington und Moskau noch einiges in zu einem Stopps des Wettrüstens bewirken.

Was kann das Wettrüsten aufhalten?

Die Erklärung eines Verzichts auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die USA, also eines No-First-Use, würde große Chancen für Fortschritte in der nuklearen Abrüstung bringen. Im Jahr 2016 wurde diese Hoffnung enttäuscht, als Präsident Obama vor diesem Schritt zurückschreckte aus Furcht, die NATO-Alliierten sähen die Glaubwürdigkeit des Nuklearschirms und der nuklearen Abschreckung bedroht. Wir erinnern uns an die krachende Niederlage, die Außenminister Joschka Fischer schon 1998 mit diesem Vorschlag in der NATO erlitt.

Deutschland, die EU und die NATO sollten einmütig diese Politik unterstützen. Menschen überall in der Welt wünschen eine solche Politik, sie wissen um die verheerenden humanitären Folgen eines auch nur begrenzten Einsatzes von Atombomben. 80 Prozent der Menschen erklären in Umfragen, sie wünschten sich eine Welt ohne Atomwaffen.

Ein erster logischer Schritt auf dieses Ziel zu wäre ein Einfrieren der Modernisierung von Nuklearwaffen und der Verzicht auf neue Waffendesigns.

Russland und China bauen ihre nuklearen Waffenarsenale aus, in den USA gibt es erbitterten Streit um die Modernisierung und um die Planung neuer Nuklearwaffen. Hardliner fordern, die gesamte atomare Triade (Luftwaffe – Heer- Marine) zu modernisieren und wollen das Budget dafür enorm aufstocken. Die Gegner wollen das viele Geld für friedliche Zwecke einsetzen. Die Allianz für Multilateralismus, die von Heiko Maas ins Leben gerufen wurde und die Stockholmer Initiative, die sich für Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzen, haben hier eine große Verantwortung und Chance, Einfluss zu nehmen.

Ich wünsche mir eine Kampagne der SPD dazu!

Das Wettrüsten muss gestoppt werden.

Die Atomwaffenstaaten sollten ein Moratorium über die Modernisierung von

Nuklearwaffen abschließen und dieses für neue Abrüstungsverhandlungen nutzen. Die USA sollten diesen Vorschlag machen. Wenn die USA einen Verzicht auf einen Erstschlag erklärten, wäre dies eine glaubwürdige politische Geste. Eine Geste, die die Tür zu neuen Verhandlungen aufstoßen könnte.

Bei diesen neuen Verhandlungen könnte es auch um die taktischen Nuklearwaffen gehen, die in Europa stationiert sind. Diese Nuklearwaffen sind in Deutschland in Büchel stationiert. Die Modernisierung der dort lagernden B61 Bomben ist abgeschlossen, sie sollen in den nächsten Jahren ausgeliefert und gegen die veralteten und nicht so präzisen Vorgänger ausgetauscht werden. Allerdings sind die deutschen Tornados, die heute das Trägersystem sind, dafür nicht geeignet. 2010 hat die Bundesregierung (damals CDU/CSU und FDP) im Rahmen des neuen Strategischen Konzeptes der NATO zugestimmt, die nukleare Teilhabe und die nukleare Abschreckung beizubehalten. Damit ist die Bundesregierung auch die Verpflichtung eingegangen, das Trägersystem zu modernisieren. Für Deutschland bedeutet das, für den untauglichen Tornado ein neues atomwaffenfähiges Flugzeug zu beschaffen. Darüber streitet sich die SPD mit dem Koalitionspartner.

Neue Verhandlungen zwischen Russland und den USA über taktische Nuklearwaffen sind bis dato daran gescheitert, dass Russland, das seine eigenen taktischen Atomwaffen eingebunkert hat, erst über die Reduzierung dieser Waffen reden will, wenn beide Seiten diese nur noch auf eigenem Territorium aufbewahren.

Russland hat zudem ein Moratorium für die Stationierung von konventionellen und nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa vorgeschlagen. Die Chance zu diesen Verhandlungen darf nicht verspielt werden.

Wir sollten uns an den einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestags von 2010 erinnern. Damals haben alle Parteien einstimmig die schwarz-gelbe Regierung aufgefordert, sich für den Abzug dieser US-Waffen aus Deutschland einzusetzen. Auch die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung enthielt diese Absicht – man beugte sich dann aber der NATO-Disziplin, die in ihrem neuen Strategischen Konzept an der Stationierung von US-Atomwaffen und an deren Modernisierung festhielt.

Zur Zeit sind diese US-Waffen in Europa noch in den Niederlanden, Belgien, Italien, Deutschland und der Türkei stationiert. In Belgien und den Niederlanden haben die Parlamente – so wie der Deutsche Bundestag 2010 – den Abzug gefordert. Die NATO hat erklärt, keine neuen landgestützten

Nuklearwaffen in Europa stationieren zu wollen, aber sie besteht auf den modernisierten B61-12 Bomben, um die erweiterte nukleare Abschreckung und die nukleare Teilhabe aufrecht zu erhalten.

Es besteht die Gefahr, dass die Chance zu Verhandlungen über diese destabilisierenden Nuklearwaffen wieder verspielt wird. Die osteuropäischen NATO-Länder befürchten, den nuklearen Schutz der USA zu verlieren, wenn diese Waffen aus Europa abgezogen werden. Aber es liegt im deutschen und europäischen Interesse, dass mit Russland über nukleare und konventionelle Kurz- und - Mittelstreckenraketen verhandelt wird. Wir brauchen Fortschritte bei der Rüstungskontrolle, um die Stabilität in der Welt zu stärken und das fatale Wettrüsten zu stoppen.

Auf diesem Weg liegen noch große Hindernisse! Bei der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, die im August 2021 stattfinden soll, muss ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden. Die letzte Überprüfungskonferenz 2015 war ein Desaster und ging ohne Abschlusserklärung zu Ende. Sollte wieder kein Fortschritt bei der nuklearen Abrüstung erzielt werden, ist der Vertrag als Ganzes in Gefahr.

In diesem Zusammenhang ist die Erklärung der britischen Regierung katastrophal, den Bestand an Nuklearwaffen Großbritanniens erhöhen zu wollen. Die Anzahl von Trident-Sprengköpfen, die auf 180 abgesenkt werden sollte, soll nun auf 260 Stück erhöht werden. Dies ist ein Aufwuchs von 40 Prozent! Mit diesem Schritt kündigt Großbritannien seine Verpflichtungen aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages auf. Gleichzeitig kündigt Großbritannien an, auch die Verpflichtung zu Transparenz über die Stationierung seiner Nuklearwaffen in Zukunft nicht mehr einzuhalten. Besonders gefährlich ist die Ankündigung von Premier Johnson, dass er das Recht beanspruche, auch bei Angriffen mit konventionellen Waffen nuklear zu antworten. Damit schert er aus dem Konsens der Nuklearwaffenstaaten (und der NATO) aus und erklärt den Willen zum Erstschlag. Diese Ankündigungen können das Ergebnis der Überprüfungskonferenz gefährden. Die nicht-nuklearen Vertragsstaaten sind ohnehin frustriert über die Nuklearwaffenstaaten, die ihre Verpflichtung zur Abrüstung nicht einhalten. Dies könnte einige Staaten veranlassen, selbst Nuklearwaffen anzustreben. Auch die Strategie der NATO wird damit konterkariert, keine Nuklearwaffen gegen Staaten einzusetzen, die sich an den Nichtverbreitungsvertrag halten. Der einzige, der gegen dieses Vorhaben Großbritanniens protestiert hat, war Außenminister Heiko Maas!

Welche Fragen sind bei der Überprüfungskonferenz zu lösen?

Dazu bedarf es eines Blickes auf die Abschlussdokumente aus dem Jahr 2000 und 2010.

Im Jahr 2000 wurden wichtige 13 Schritte beschlossen, darunter:

1. Inkrafttreten des Atomteststopp-Vertrages (CTBT): Bis heute nicht geschehen.
2. Abschließen eines Vertrages zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial (FMCT). Es gab einen Entwurf, der immer noch nicht verhandelt wird.
3. Abrüstungsverpflichtungen der Nuklearmächte
4. Stärkung des Abkommens zur Begrenzung von Raketenabwehr (ABM-Vertrag). Dieser Vertrag wurde von George W. Bush 2002 gekündigt. Deshalb wäre es dringend nötig, über neue Begrenzungen bei Raketenabwehrsystemen zu verhandeln. Raketenabwehrsysteme treiben das Wettrüsten an. Ein neuer Vertrag ist nötig!
5. Einseitige Abrüstungsschritte, mehr Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen, die Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen in den Strategien und die Herabsetzung der Gefechtsbereitschaft von Nuklearwaffen. In allen diesen Bereichen hat es Stagnation oder Rückschritte gegeben.
6. Entwicklung von Verifikationskapazitäten. Diese gibt es, sie müssen aber verbessert und eingesetzt werden.

Alle diese Punkte sind auch im 64-Punkte Aktionsplan von 2010 enthalten. Darüber hinaus gibt es dort den Vorschlag, die sogenannten negativen Sicherheitszusagen der Nuklearwaffenstaaten gegenüber Nicht-Nuklearwaffenstaaten, die sich an den Vertrag halten, vertraglich abzusichern. Und es findet sich ein Hinweis auf eine abzuschließende Verbotskonvention, diese ist inzwischen in Kraft getreten und sollte von den Nuklearwaffenstaaten respektiert und nicht rundweg abgelehnt werden!

Was kann die Annahme einer No-First-Use-Strategie bewirken?

Der verbindlich erklärte Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag – No-First-Use – kann ein erster Schritt und ein Türöffner für die dringend notwendige Diskussion über die Rolle von Nuklearwaffen in Militärstrategien und Doktrinen

sein. Doktrinen sind sehr unterschiedlich und sie verändern sich oft im Zeitablauf:

Russland hatte von 1982 bis 1997 eine erklärte No-First-Use-Strategie. Sie wurde geändert und beinhaltete, Nuklearwaffen dann als erste einzusetzen, wenn die Existenz des Staates auf dem Spiel stünde. Im Jahr 2000 wurde sie nochmals geändert, so dass Nuklearwaffen auch dann eingesetzt werden könnten, wenn es sonst keine anderen Mittel gäbe, das Überleben des Staates zu garantieren.

Frankreich geht noch weiter und erklärt, Nuklearwaffen auch zur Vorbeugung und letzte Warnung, sowie gegen biologische und chemische Waffen einsetzen zu wollen. Dies unterminiert die beiden anderen Konventionen gegen Massenvernichtungswaffen – die Chemiewaffenkonvention und die Biologische Waffenkonvention.

Großbritannien hat vor kurzem ebenfalls angekündigt, Nuklearwaffen auch bei einem Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen einzusetzen.

China hat von Anfang an einen No-First-Use erklärt und dies 2005 nochmals bekräftigt. Schon 1984 hat China einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vorgeschlagen.

Wenn die USA tatsächlich einen Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz erklären, wird es leichter gelingen, Verhandlungen über Doktrinen und Nuklearpolitiken zu erreichen. Es ist höchste Zeit, den bisher existierenden Konsens über die Un-Einsetzbarkeit von Nuklearwaffen vor dem Zerschlagen zu bewahren.

Weitgehende Verhandlungen über Rüstungskontrolle notwendig

Alle diese Maßnahmen reichen nicht aus, die Gefahr eines nuklearen Abtausches zu bannen. Notwendig sind neue Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dringend sind Verhandlungen über neue Technologien und Waffensysteme, um ein Wettrüsten neuer Art zu stoppen. Um Sicherheit und Stabilität in Europa und zwischen den USA und Russland zu retten, muss der NATO-Russland-Rat wiederbelebt werden, um den Dialog zwischen der NATO und Russland im Geiste der NATO-Russland-Akte von 1997 wieder aufzunehmen. Der Open-Skies-Vertrag muss gerettet und neue Vertrauensbildende Maßnahmen

verabredet werden. Vertrauen und Transparenz sind unabdingbar zur friedlichen Kooperation.

Seit Präsident George W. Bush den ABM-Vertrag 2002 einseitig aufgekündigt hat, sind Raketenabwehrsysteme Antreiber eines neuen Wettrüstens in Systemen, die die Abwehr überwinden können sollen. Verhandlungen über einen neuen ABM-Vertrag sollten dringend aufgenommen werden.

In den vergangenen Jahrzehnten war die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine wichtige Institution, um Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Sie muss dringend wiederbelebt werden. Im Jahr 2008 startete ein Prozess in der OSZE, der die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa anstrebte, der sogenannte „Korfu-Prozess“. Dieser Prozess schlummert seit Jahren im Elfenbeinturm der Wissenschaft. Ihn zu befreien wäre aller Mühen wert. Das wird alles andere als leicht sein angesichts der tiefen Verwerfungen in den Beziehungen des Westens zu Russland seit der Annexion der Krim und dem anhaltenden Krieg mit der Ukraine.